

HESSEN



# HESSENGERECHT.

Politik für lebenswerte Städte und Gemeinden.  
Eckpunkte für die Kommunalwahl 2011.

Beschluss des Landesvorstandes und des Landesparteirates vom 31. Mai  
2010 in Stadtallendorf

[www.spd-hessen.de](http://www.spd-hessen.de)  
**HESSEN**SPD.

A. Unser Leitbild: Politik für lebenswerte Städte und Gemeinden .....	4
Stärke und Verantwortung: Wir sind die Kommunalpartei in Hessen! .....	4
Die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre .....	5
B. Kommunal ist nicht egal – die Handlungsfähigkeit der Kommunen retten! .....	6
Wachsende Aufgaben bei schrumpfenden Finanzen .....	6
Schwarz-Gelb verschärft die kommunale Finanzkrise.....	7
Die Hessische Landesregierung missachtet Gesetze.....	7
Die Kommunen wieder handlungsfähig machen! .....	8
Die interkommunale Zusammenarbeit weiterentwickeln .....	8
Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung sicherstellen .....	9
C. Was wir wollen: Eckpunkte für unsere Politik vor Ort .....	9
1. Direkte Demokratie mit Bürgerentscheiden, Räten und Bürgerhaushalt.....	9
2. Chancengleichheit ermöglichen: Gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Verantwortung .....	10
3. Zukunftsweisende Politik für den urbanen und für den ländlichen Raum .....	11
4. Die Zukunft gehört bildungs- und familienfreundlichen Kommunen .....	13
5. Unsere Kommunen sind für alle da: Wir ermöglichen Integration, Teilhabe und Engagement .....	16
Unsere Jugendpolitik .....	19
Grundsätze sozialdemokratischer Sportförderung .....	20
Sozialpolitik fördert Selbstbestimmung, schafft Lebenschancen und stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt .....	22
Gleichberechtigung heißt Gleichstellung der Geschlechter .....	24
Aktive Senioren stehen in der Mitte der Gesellschaft.....	25
Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement in der Kommune erhalten und fördern.....	26
6. Gut und sicher leben.....	27
Menschen brauchen auch in Zukunft guten und bezahlbaren Wohnraum .....	27
Mobilität ermöglicht Teilhabe .....	28
Elektromobilität.....	28

Kultur braucht Förderung .....	28
Sicherheit durch Präsenz und Prävention .....	29
Professionelle Beamten statt freiwilligem Polizeidienst .....	30
7. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: Arbeit und Wohlstand vor Ort .....	31
8. Neue Energie für die Kommunen: Die Energiewende schafft Arbeit vor Ort .....	33

## A. Unser Leitbild: Politik für lebenswerte Städte und Gemeinden

### **Stärke und Verantwortung: Wir sind die Kommunalpartei in Hessen!**

Die SPD in Hessen und ihre Kommunalpolitiker stehen wie keine andere Partei für eine Politik lebenswerter Kommunen.

In vielfacher kommunaler Verantwortung setzen wir uns tagtäglich überall in Hessen für Landkreise, Städte und Gemeinden ein,

- in denen alle Bürgerinnen und Bürger ihre Persönlichkeit in freier Selbstbestimmung entfalten können;
- in denen alle Menschen, gleich ihrer Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts oder Einkommens, am sozialen und kulturellen Leben teilhaben;
- in denen die einzelnen Menschen und die sozialen sowie kulturellen Gruppen gleichberechtigt und deswegen friedlich und solidarisch zusammenleben;
- in denen allen Bürgerinnen und Bürgern attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, ein vielfältiges kulturelles Leben und ein lebenswertes Umfeld geboten werden;
- in denen die Bürgerinnen und Bürger aktiv das Gemeinwesen mitgestalten.

Die SPD ist die Kommunalpartei in Hessen: Von den 426 Rathäusern in Hessen wird der mit Abstand größte Teil von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten oder von Bürgermeistern geführt, die von uns unterstützt werden. Die SPD vereinigt wie keine andere hessische Partei die Kompetenz für die Entwicklung des ländlichen Raums in Nord-, Mittel- und Südhessen mit dem Bewusstsein für die Bedürfnisse der Bevölkerung in den großen Städten sowie in der Metropolregion Rhein-Main. Bei Direktwahlen zeigt sich immer wieder, dass Sozialdemokraten in besonderem Maße Verantwortung, Bürgernähe, Kompetenz und eine zupackende Politik für die Menschen im Ort zugesprochen werden. Darauf wollen wir auch bei der Kommunalwahl 2011 aufbauen.

Hessen ist in seiner Grundstruktur ein Land starker Unterschiede. Die Rhein-Main-Region ist ein bedeutender Wirtschaftsmotor. Hier werden 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Gleichzeitig haben die Untersuchungen des demografischen Wandels in Hessen gezeigt, dass es Regionen geben wird, die sich erheblichen Problemen ausgesetzt sehen werden. Die Bevölkerung wird schrumpfen und altern, in anderen Teilen des Landes wird ein wachsender Anteil der Bevölkerung mit multiethnischem Hintergrund leben und arbeiten.

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen überall in Hessen ermöglichen. Dies sehen konservative Politiker, aber auch liberale und grüne anders. Sozialdemokratische Kommunalpolitik steht für eine gemeinsame Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im Gegensatz zu „Kirchturmdenken“, regionalpolitischem Stillstand und Klientelpolitik. Wir verstehen uns als die Partei in Hessen, die die Interessen und Bedürfnisse aller Bevölkerungsteile, Regionen und Schichten zu einem gemeinsamen Mehrwert zusammenführt. Dazu gehört gleichsam der Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen.

Wir wollen demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung sowie das Angebot der Integration in der Lebenswirklichkeit der

Menschen verankern. Wir beteiligen und vernetzen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort: im Dorf oder Stadtteil, im Verein oder der Bürgerinitiative. Dabei setzen wir auch auf die großartige Tradition und Gegenwart des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, der gelebten Demokratie und Solidarität.

Deshalb ist die demokratische und solidarische Kommune keine Utopie, sondern eine reale Chance, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalten wollen. All diejenigen, die unser Leitbild teilen, laden wir zur aktiven und kritischen Zusammenarbeit ein.

## Die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre

Die Kommunalpolitik steht überall vor zentralen Herausforderungen, deren Bewältigung über die Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich mitentscheidet:

- den Zugang zu öffentlichen Gütern und den Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch weiterhin für jedermann offenzuhalten;
- als Schulträger in guten Schulen alle Kinder und Jugendlichen zu fördern und ihnen die bestmögliche Bildung sowie Ausbildung für die veränderten Anforderungen im Leben und Beruf zu ermöglichen;
- Familien gezielt durch eine familienfreundliche Infrastruktur zu unterstützen;
- durch ein ausreichendes, verlässliches, qualitativ hochwertiges und bezahlbares Kinderbetreuungsangebot Familien zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken und unsere Kinder möglichst früh und umfassend zu fördern;
- Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund besser zu integrieren und zu beteiligen;
- durch eine integrative, aktivierende und präventive Sozial-, Jugend- und Wohnungspolitik den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken;
- durch vielfältige Maßnahmen an Qualifikation, Weiterbildung, lebensbegleitendem Lernen und einer aktiven sowie aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mitzuwirken;
- die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Zusammenleben der Generationen, der Lebensformen und Kulturen zu fördern;
- durch Förderung der Kultur in all ihren Erscheinungsformen die gesellschaftliche Kommunikation zu verbessern und damit die Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln;
- Mobilität möglichst umweltverträglich und preiswert zu sichern und dadurch die Teilhabe aller an Arbeit und gesellschaftlichem Leben zu ermöglichen;
- die Herausforderungen des demografischen Wandels anzunehmen und ihn positiv zu gestalten;
- durch aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern und zu verbessern und für zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sorgen;

- den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern und die Energiewende zu beschleunigen;
- die natürlichen Lebensgrundlagen auch im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen zu schützen und dadurch die Wohn- und Lebensqualität zu verbessern.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen sich diesen Herausforderungen. Unsere Grundwerte sowie unser Leitbild der demokratischen und solidarischen Kommune verpflichten uns, Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger entschieden und selbstbewusst zu betreiben.

## **B. Kommunal ist nicht egal – die Handlungsfähigkeit der Kommunen retten!**

Hessens Kommunen sind für uns der Ort, an dem sich soziale Demokratie verwirklicht. Einrichtungen und Dienstleistungen kommunaler Daseinsvorsorge bestimmen die Qualität des Lebens in unseren Kreisen, Städten und Gemeinden.

Doch die Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden Steuereinbrüche des Bundes und der Länder wirken sich massiv auf die finanzielle Lage der Kommunen aus. Die Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hat diese Entwicklung noch verstärkt. Allein die Steuerausfälle, die durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer bei den Hotelübernachtungen im Staatshaushalt entstehen, führen direkt zu Leistungseinschränkungen im kommunalen Bereich.

Auf Hessen bezogen, stellt sich die Lage nicht besser dar. Die Hessische Landesregierung plant, den Kommunen 400 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich ab 2011 zu streichen. Zwar wird die Mindestverordnung für den Kinderbetreuungsbereich verändert, aber die nach Konnexität notwendigen Ausgleichszahlungen werden nicht eingehalten. Dieser Wortbruch ist ein weiterer Beleg dafür, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben vom Land weiter auf die Kommunen übertragen wurden, dafür aber entgegen der gesetzlichen Vorgaben selten eine finanzielle Kompensation erfolgt ist.

Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 stiegen die Kassenkredite bei den hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden um 3,6 Milliarden Euro an. Viele Kommunen müssen Haushaltssanierungskonzepte erarbeiten, um überhaupt noch genehmigungsfähige Haushalte zu erhalten.

### **Wachsende Aufgaben bei schrumpfenden Finanzen**

Kommunen finanzieren die Kinderbetreuung. Sie unterhalten Schulen und Schwimmbäder, zahlen Sozial- und Jugendhilfe, finanzieren den öffentlichen Nahverkehr und sorgen für Wohnraum und eine intakte soziale Infrastruktur vor Ort. Alles in allem sind das genau die Bereiche, die den Menschen „nah“ sind. Sämtliche Folgen von Haushaltslöchern bleiben nicht abstrakt, sondern werden unmittelbar spürbar werden. Der wirtschaftlichen Krise wird die soziale folgen. Durch eine wachsende Arbeitslosigkeit steigen nicht nur die Ausgaben im „SGB-II“-Bereich an, sondern führen darüber hinaus zu einem steigenden Bedarf in der Jugendhilfe.

Die Aufgaben der Gemeinden, Städte und Landkreise werden maßgeblich „von oben“ bestimmt und müssen erledigt werden. In Hessen sind es 8,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, die einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts haben – hier sind noch

nicht einmal die beitragsfinanzierten Sozialleistungen eingerechnet. All diese individuellen und komplizierten Leistungen werden von den Kommunen sowie den Kreisen geprüft und ausbezahlt.

### **Schwarz-Gelb verschärft die kommunale Finanzkrise**

Bereits jetzt werden die schwarz-gelben Beschlüsse in Bund und Land zu finanziellen Einbrüchen katastrophalen Ausmaßes führen.

Die Schlüsselzuweisungen der Städte, Gemeinden und Landkreise sinken von über 1,8 Milliarden Euro in 2007 und 2008 auf 1,4 Milliarden in diesem Jahr. Das heißt, es stehen schon jetzt 400 Millionen Euro weniger zur Erfüllung derselben Aufgaben zur Verfügung. Bereits im Jahr 2007 konnten mehr als 40 Prozent der hessischen Städte und Gemeinden ihren Haushalt nicht ausgleichen.

Zudem will die CDU/FDP-geführte Landesregierung ab 2011 dem kommunalen Finanzausgleich zusätzlich 400 Millionen Euro entziehen und reißt damit zusätzliche Haushaltslöcher in die Kassen der hessischen Kommunen.

Das von der CDU/FDP-Bundesregierung beschlossene „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ verursacht allein für das Land Hessen und die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden 1,14 Milliarden Euro Mindereinnahmen in den Jahren 2010 bis 2014. Mit weiteren Einnahmeausfällen ab 2011 ist durch zusätzliche mögliche Steuersenkungspläne zu rechnen.

Den Kommunen brechen also Einnahmen weg, auf die sie dringend angewiesen sind. Schon jetzt kompensieren die Kommunen dieses Ungleichgewicht mit einer höheren Neuverschuldung, die in wenigen Jahren bei steigendem Zinsniveau jegliche Handlungsspielräume einschränken wird.

### **Die Hessische Landesregierung missachtet Gesetze**

Die bestehenden Gesetze Hessens sehen eindeutige Regelungen vor, was die Ausstattung mit Finanzmitteln der Kommunen anbelangt:

*„Werden die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Landesgesetz oder Landesrechtsverordnung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben verpflichtet, so sind Regelungen über die Kostenfolgen zu treffen. Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung [...], ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen.“ (Art. 106 Abs. 6 HV, sog. Konnexitätsprinzip)*

Die Hessische Landesregierung missachtet dieses Prinzip seit Jahren konsequent. Die Kreise mussten seit 2005 fünf Programme zur Förderung der Kinderbetreuung umsetzen, den Führerschein mit 17 einführen oder die Eingliederungshilfe für Behinderte übernehmen. Städte und Gemeinden werden mit der Umsetzung höherer Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten von der Landesregierung allein gelassen. Fazit: Unter diesen Umständen können sich die hessischen Kommunen nicht allein aus ihrer gewaltigen finanziellen Schieflage befreien.

## Die Kommunen wieder handlungsfähig machen!

### Kurzfristig:

1. Wir brauchen eine Kompensation der Steuermindereinnahmen der Landkreise, Städte und Gemeinden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes durch die Bundesregierung noch in diesem Jahr.
2. Wir brauchen kurzfristige Überbrückungshilfen für mindestens zwei Jahre, damit Städte und Gemeinden in der Krise im Interesse von Staat und Gesellschaft handlungsfähig bleiben und die laufenden Defizite wenigstens zum Teil aufgefangen werden.

### Mittelfristig:

3. Wir brauchen eine stärkere Beeinflussbarkeit der kommunalen Steuereinnahmen, eine geringere Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung sowie eine Beteiligung der Landkreise an einer Wachstumssteuer, wie z. B. der Umsatzsteuer.
4. Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für SGB-II-Empfänger.
5. Wir brauchen ein dauerhaftes Konzept, das die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne immer neue Schulden sichert. Ferner muss es für zusätzliche Aufgaben zusätzliche Mittel geben. Das Konnexitätsprinzip muss endlich ernst genommen werden.
6. Wir brauchen eine Neuausgestaltung des Länderfinanzausgleichs, der die Anreize so setzt, dass wirtschaftliche Prosperität nicht bestraft wird. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen.

## Die interkommunale Zusammenarbeit weiterentwickeln

Die interkommunale Zusammenarbeit durch öffentlich-rechtliche Verträge und insbesondere auch die Gründung von Zweckverbänden bietet den Kommunen eine Möglichkeit, durch gemeinsame Maßnahmen Kosten zu reduzieren und Angebote zu verbessern. Der Zweckverband ist die bindungsstärkste Form der interkommunalen Zusammenarbeit, mit ihm wird eine neue Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigenem Personal geschaffen, auf welche die dem Verband angehörenden Kommunen eigene Aufgaben und Hoheitsbefugnisse übertragen. Möglich sind auch die Rechtsformen des Privatrechts, z. B. Vereine, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder in besonders gelagerten Fällen Aktiengesellschaften.

In vielen Teilen des Landes hat sich bereits eine intensive Kooperation zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen etabliert. Die Zusammenarbeit reicht von traditionellen Handlungsfeldern in der Ver- und Entsorgung über die Wirtschafts- und Tourismusförderung bis hin zur gemeinsamen Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben. Ferner existieren erfolgreich praktizierte Kooperationen zwischen größeren Kernstädten sowie Gemeinden und Kreisen im weiteren Umland, um die jeweiligen Stärken für die Entwicklung der gesamten Region besser nutzen zu können.



Wir setzen uns in EU, Bund und Land dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen derart auszugestalten, dass Kooperationen einfacher und ihre jeweiligen Förderprogramme darauf ausgerichtet werden.

In Hessen werden die Möglichkeiten, die der gesetzliche Rahmen bietet, bislang nicht ausgeschöpft. Relevante Themen der interkommunalen Zusammenarbeit sind die Felder Bauhöfe, Großgeräteanschaffungen, Stromnetze, Tourismus und Kooperation der Verwaltungen, des Weiteren die Kooperation bei Dorfgemeinschaftshäusern, Wohnraumversorgung und interkommunalen Wohngebieten. Wir setzen uns dafür ein, dass neben den Bereichen, in denen die Kommunen selbst Entwicklungsmöglichkeiten sehen, die interkommunale Zusammenarbeit finanziell unterstützt wird. Wir fordern ein Programm zur Entwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Kommunen im ländlichen Raum, das Beratung und Coaching von Gemeinden beinhaltet.

### **Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung sicherstellen**

Die Felder der Daseinsvorsorge umfassen in unserem sozialdemokratischen Sinne neben der Energie- sowie Wasserver- und -entsorgung die Bereitstellung von Wohnraum und der dazugehörigen Wohninfrastruktur, die Befriedigung des öffentlichen Mobilitätsbedürfnisses und die Bereitstellung einer hinreichenden Gesundheitsinfrastruktur, aber auch soziale Infrastruktur, die Ermöglichung kultureller Teilhabe sowie Bildungspartizipation.

Wir wollen mit den öffentlichen Einrichtungen und Organisationen der Daseinsvorsorge die notwendigen Konzepte entwickeln, um die Vorstellung von einem sozialen und innovativen Hessen in den Kommunen zu verbessern. Dazu gehört, dass wir eine Veränderung der kommunalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anstreben sowie eine Novelle der HGO in § 121. Die neoliberale Vorstellung, dass öffentlich orientiertes Wirtschaften zu Verwerfungen auf dem Markt führen würde, ist falsch. Soziale Marktwirtschaft auf kommunaler Ebene bedeutet für uns die Ermöglichung von wirtschaftlichen Organisationsformen, die sich dem Spagat zwischen den Interessen des Gemeinwesens und wirtschaftlich verantwortlichem Handeln stellen.

Die für die Daseinsvorsorge notwendige Finanzausstattung muss den Kommunen zu Verfügung stehen.

## **C. Was wir wollen: Eckpunkte für unsere Politik vor Ort**

### **1. Direkte Demokratie mit Bürgerentscheiden, Räten und Bürgerhaushalt**

Die unmittelbare und aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen ist für uns ein wesentliches Ziel und Mittel von Politik. Wir verstehen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung ihrer eigenen Lebenswelt als selbstverständliches Gebot der Demokratie und ihre Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten als kritische Begleitung, Hilfe und Unterstützung der Politik. Wir wollen in den kommunalpolitischen Prozessen bloße Beobachter zu Akteuren und Betroffene zu Beteiligten machen.

Deshalb wollen wir – wo immer wir können – zur Einmischung ermutigen und eine direkte Beteiligung ermöglichen:

- in Bürgerentscheiden, deren Durchführung wir durch eine Absenkung der Quoren auf allen politischen Ebenen erleichtern wollen;
- in den Ortsbeiräten, den Initiativen in Stadtteilen und Wohnquartieren;
- in den Ausländerbeiräten, den Seniorenbeiräten sowie in Kinder- und Jugendforen;
- in Schule und Kindergarten, bei Stadtplanung und -gestaltung, Verkehrs- und Umweltpolitik, in den Vertretungsorganen für Behinderte;
- in den Interessenvertretungsorganen von und für Frauen;
- durch neuartige basisdemokratische Beteiligungsformen wie dem Bürgerhaushalt.

Dabei wissen wir, dass gelingende Beteiligung oft der professionellen Unterstützung bedarf, damit die Betroffenen gegenüber Politik und Verwaltung als gleichberechtigte Partner auftreten können.

## **2. Chancengleichheit ermöglichen: Gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Verantwortung**

Chancengleichheit ist für uns ein elementarer Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit und damit ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Um gleiche Lebenschancen für alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden zu verwirklichen, wollen wir materielle Benachteiligung, soziale Ungleichheit und Diskriminierung abbauen. Der gleiche Zugang zu Sicherheit, Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Alter und Herkunft, fungiert als zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen wir an der konkreten Lebenssituation ansetzen. Dabei bietet sich den Kommunen ein breites Handlungsfeld von der Kinderbetreuung über die Schul- und Bildungspolitik, die Wirtschafts-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik bis hin zur Altenpolitik.

Unabdingbare Voraussetzung für Chancengleichheit ist und bleibt, dass die öffentlichen Güter weiterhin für jedermann zugänglich und erschwinglich bleiben und dass die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die vor allem von und in den Kommunen vorgehalten werden, weiter bestehen bleiben und bedarfsgerecht ausgebaut werden können.

Gleichheit der Lebenschancen bedeutet für uns keineswegs Gleichheit der Lebensentwürfe und Lebenswege. Integration bedeutet nicht das unterschieds- und gesichtslose Aufgehen in der sozialen und kulturellen Umgebung. Toleranz, individuelle Freiheit, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung machen das Miteinander erst möglich. Eigensinn und Solidarität gehören zusammen.

Lediglich gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger nehmen ihre Rechte bei der Gestaltung des Gemeinwesens wahr, und nur sie begreifen dieses Recht zugleich auch als Verantwortung und Verpflichtung dem Gemeinwesen gegenüber.

### 3. Zukunftsweisende Politik für den urbanen und für den ländlichen Raum

Chancengleichheit und Teilhabe an der Gesellschaft bilden nicht allein individuelle Fragen, sondern verkörpern die Grundlage für unsere Politik im ländlichen und städtischen Raum. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen hessischen Regionen verpflichtet. Dies war bereits unter Georg August Zinn unser großes Ziel. Und dies bleibt auch so. Gleichartige Lebensbedingungen streben wir jedoch nicht an. Dazu sind unsere Städte und unsere ländlichen Regionen viel zu verschieden. Wir machen jedoch eine Politik, die die großen Städte und die Dörfer auf dem Land gleichermaßen in den Blick nimmt.

Wir wollen gerechte Rahmenbedingungen für die Entwicklung von beiden – denn Hessen ist beides: Stadt und Land.

Doch für lebenswerte Städte und lebendige Dörfer benötigen wir unterschiedliche Politikansätze. Die Fragen, die in Großstädten beantwortet werden müssen, sind andere als diejenigen, mit denen sich der ländliche Raum auseinandersetzen hat.

#### Lebenswerte Städte

Unsere Städte müssen sich vor allem auf komplexe Herausforderungen einrichten: Globalisierung, Wanderungsbewegungen, soziale Spaltung und eine zunehmende Bedeutung von Migration. Lebenswerte Städte brauchen hier neue Antworten in vielen Bereichen der Stadtpolitik.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen:

- Städte, die sich als gemeinsame Stadt verstehen und einer räumlichen Segregation entgegenwirken. Wir wollen nicht, dass sich soziale Unterschiede räumlich umsetzen und so zu einer Spaltung der Stadt führen.
- Städte, die sich ihrer Integrationsaufgabe stellen und diese durch gute Konzepte und eine wertschätzende Politik umsetzen. Unsere Städte sollen Städte sein, die Menschen willkommen heißen.
- Städte, die die kulturelle Vielfalt als Chance und Bereicherung erleben und diese Vielfalt auch im öffentlichen Raum zulassen. Wir sehen die Probleme, die sich beim Aufeinandertreffen der Kulturen in der räumlichen Enge der Stadt ergeben, und wir agieren hier präventiv.
- Städte und vor allem Stadtteile, die durch ein bürgerschaftliches Engagement aller Bewohnerinnen und Bewohner getragen werden. In Stadtteilen mit besonderen Problemen arbeiten wir besonders. Das Programm „Soziale Stadt“ hat sich bewährt und muss ausgebaut werden.
- Städte, in denen Schulen zu Stadtteilintegrationszentren weiterentwickelt werden. Schule ist nicht nur Bildungsinstitution, sondern wirkt auch im Sinne der Stadt(teil)entwicklung. Für Schulen in benachteiligten Stadtteilen sehen wir eine besondere Förderung vor.

- Städte, in denen Menschen sicher und ohne Angst leben können. Wir wollen in unseren Städten aktive Präventionsarbeit. Wo Toleranz und Sicherheit gefährdet sind, schreiten wir aber auch entschieden mit polizeilichen Mitteln ein.
- Städte der Zukunft, die die Energiewende entschlossen vorantreiben. Wir wollen hin zu einem drastisch reduzierten Energieverbrauch. Dazu entwickeln wir Strategien der energetischen Gebäudesanierung und der Verhaltensänderung im Energieeinsatz. Wir wollen hin zu einer dezentralen Energieversorgung und einem deutlich höheren Anteil erneuerbarer Energien in der städtischen Energieversorgung.
- mobile Städte mit integrierten Verkehrskonzepten. Wir werden Verkehrsträger so miteinander verzahnen, dass sie schnell verfügbar und umweltschonend sind. Die Wege für Fußgänger und Radfahrer müssen sicherer und ausgebaut werden.
- Städte mit intelligenten Steuerungssystemen für den Verkehr, um die vorhandenen begrenzten Kapazitäten gut auszuschöpfen.
- Städte als Katalysatoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei setzen wir auf Kreativität und Vielfalt. Gleichzeitig vergessen wir aber nicht die Bedeutung bestehender Wirtschaftsstrukturen für unsere Städte.
- Städte, die sich ihren Regionen verbunden fühlen. International aufgestellte Metropolregionen können nur in Partnerschaft entstehen und benötigen identitätsprägende Projekte.

### Lebenswerte Dörfer

Unsere ländlichen Räume stehen vor anderen Herausforderungen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: DEN ländlichen Raum gibt es nicht. Wir unterstützen die Vielfalt unserer ländlichen Räume und setzen auf regionale Entwicklungsstrategien.

Gleichwohl haben viele ländliche Räume vor allem mit dem demografischen, aber zum Teil auch mit wirtschaftlich-technologischem Wandel zu kämpfen. Gerade in den Dörfern und kleinen Gemeinden werden die Auswirkungen offensichtlich. In Anbetracht einer rückläufigen Bevölkerung und wirtschaftlichen Strukturschwäche sind neue Politikansätze vonnöten, um gleichwertige Lebensbedingungen auch hier in Zukunft sicherstellen zu können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen:

- für unsere Dörfer neue Impulse für die Dorferneuerung. Wir werden die Dorferneuerung ausbauen. Wir benötigen einen größeren Handlungsspielraum, um mehr Dörfer in das Dorferneuerungsprogramm aufzunehmen. Wir wollen insbesondere die Dorfinnenentwicklung stärken und die Ortskerne attraktiv halten. Wir brauchen Konzepte für wachsende Leerstände und die Ausweisung von Bauland am Ortsrand.
- das ehrenamtliche Engagement in den Dörfern besonders unterstützen und die Dorfgemeinschaftshäuser mit neuem Leben erfüllen. Bei einem Wegfall von Kommunikationsplätzen in den Dörfern sind sie mit neuen Konzepten wichtiger als je zuvor.

- gleiche Bildungschancen auch für unsere Kinder und Jugendlichen auf dem Land. Daher halten wir integrative Schulsysteme für den richtigen Weg. So können wir den Bildungsweg bis zum Abitur am besten offenhalten.
- heute bereits eine Anpassungsstrategie für eine älter werdende Bevölkerung im ländlichen Raum. Bei dem hinlänglich bekannten demografischen Wandel ist die einzige wachsende Bevölkerungsgruppe wahrscheinlich die älter werdende Bevölkerung. Hier brauchen wir ein Mehr an medizinischer und pflegerischer Infrastruktur, um alten Menschen ein würdevolles Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen.
- auch zukünftig Mobilität im ländlichen Raum sicherstellen. Bei einem Rückzug von Infrastruktur aus der Fläche kommt der Frage der Erreichbarkeit eine neue wachsende Bedeutung zu. Gerade die kleinen Dörfer müssen an benachbarte Zentren angemessen angebunden sein.
- die Versorgung der Dörfer, Gemeinden und kleineren Städte im ländlichen Raum mit leistungsfähigem Breitband. Die Netzanbindung ist bereits jetzt Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum und wird immer mehr Teil der Lebensqualität. Selbstverständlich darf und kann nicht alles virtuell gelöst werden, aber E-Services können dabei helfen, strukturelle Nachteile, die sich in ländlichen Räumen durch größere Distanzen ergeben, zu kompensieren.
- eine Anpassung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur an eine schrumpfende Bevölkerung. Lokale, dezentrale Lösungen halten wir für richtig. Der Umbau der Infrastruktur ist jetzt anzugehen.
- eine angepasste ländliche Wirtschaftspolitik. Die Zukunftsfähigkeit unserer Dörfer, Gemeinden und kleinen Städte wird vor allem durch das Vorhandensein von Arbeitsplätzen mitbestimmt. Die Abwanderung von Fachkräften, keine gesicherte Unternehmensnachfolge sowie seltene Existenzgründungen sind Probleme des ländlichen Raums. Wir setzen auf gezielte Gründungsoffensiven und eine Intensivierung und Vernetzung von Beratungsangeboten.
- eine Energiewende vor allem auf dem Land. Zum einen treffen steigende Energiekosten die Menschen dort besonders stark, zum anderen sind die Potenziale für den Einsatz erneuerbarer Energien dort besonders hoch. Energieautarke Dörfer und Gemeinden sind unser Ziel.

#### **4. Die Zukunft gehört bildungs- und familienfreundlichen Kommunen**

In der Familienpolitik hat sich viel bewegt: Endlich wird erkannt, dass die Förderung von Familie und auch deren Vereinbarkeit mit dem Berufsleben eine Zukunftsfrage unserer Gesellschaft ist. Wir Sozialdemokraten sind und bleiben die Vorreiter dieses Kulturwandels. Insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Elternrolle und Berufstätigkeit wurde in den vergangenen Jahren einiges erreicht, trotzdem bleibt hier noch vieles zu tun.

Die Beschlüsse des nationalen Bildungsgipfels von 2009 sind für uns ein unverzichtbarer Schritt. Überlegungen rückwärtsgewandter CDU-Politiker, diese Entwicklung umzukehren und angesichts der von CDU und FDP verursachten kommunalen Haushaltslöcher bei den Hochschulen, dem Kita-Ausbau und der frühkindlichen Bildung zu sparen, erteilen wir eine kategorische Absage!

Wir wollen in allen Feldern – ob in der Arbeitswelt oder im Freizeitbereich, ob in der Verkehrs- oder der Stadtplanung – den Bedürfnissen der Familien Vorrang einräumen. Die Interessen von Familien und Kindern müssen bei allen kommunalen Planungen schon frühzeitig besondere Berücksichtigung erfahren. Differenzierte und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote helfen Kindern von Anfang an, ihre Lernfähigkeit und Kreativität zu entfalten und zu entwickeln. Die Kinderbetreuung wollen wir bedarfsgerecht weiter ausbauen und noch stärker an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern orientieren. Durch gezielte Hilfsangebote für Familien und Kinder verhindern wir frühzeitig Fehlentwicklungen und soziale Ausgrenzungen.

Der Bildungsauftrag muss im Rahmen der Kinderbetreuung verstärkt wahrgenommen werden, ohne dass dadurch eine Verschulung eintritt. Dies setzt einen entsprechenden Personalschlüssel voraus. Betreuung, Erziehung und Bildung stehen für uns gleichrangig nebeneinander. Deshalb setzen wir uns für die Einführung landesweit geltender Bildungsinhalte zur Frühförderung unserer Kinder, insbesondere in den Kindergärten, ein. Andere Bildungsträger wie Vereine, Musikschulen und Volkshochschulen können und sollen bei der Erfüllung dieses Auftrags durch direkte Angebote für die Kinder sowie durch Fort- und Weiterbildungsangebote für die Fachkräfte unterstützend eingebunden werden. Gemäß unseres Grundsatzes, dass Bildung für alle gleichermaßen zur Verfügung stehen muss, streben wir entgeltfreie Kitas an.

Bildungspolitik ist Landespolitik. Deshalb darf das Land die Kommunen bei der Umsetzung dieser Ziele nicht alleinlassen. Die Kommunen brauchen hierfür – anders als derzeit – eine ausreichende und verlässlichere finanzielle und beratende Unterstützung des Landes.

Kindertagesstätten und Schulen sollen stärker beim Übergang vom einen in das andere System zusammenarbeiten und ihre jeweiligen Kompetenzen gegenseitig nutzbar machen. Sozialdemokratische Schulträger werden sich dafür einsetzen, den bisherigen abrupten Übergang vom Kindergarten in die Schule fließender und flexibler zu gestalten. Wir wollen feste Kooperationen und Partnerschaften von Kindertagesstätten und Grundschulen.

### **Gute Bildung sichert Zukunftschancen**

Gute Bildung für alle von Anfang an und lebenslang sichert die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt. Gleiche Chancen zur demokratischen Teilhabe, zur Selbstbestimmung, Selbstentfaltung und Integration in das gesamte gesellschaftliche Leben sind nur dann möglich, wenn alle Menschen in jeder Lebenssituation und in jedem Lebensalter Zugang zu einem vielfältigen und qualifizierten Bildungs- und Kulturangebot haben. Bildung und Bildungsangebote, Kultur und kulturelle Institutionen müssen dabei mehr beinhalten und anbieten als die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten.

Bildung darf nicht auf ihre im Erwerbsleben verwertbaren Aspekte reduziert werden, sondern sie muss Werte, Maßstäbe und Kompetenzen für alle Aspekte des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens vermitteln. Kultur und kulturelle Einrichtungen als auch Projekte sind mehr als ein „weicher Standortfaktor“ – sie dienen in erster Linie der Erweiterung von Erfahrung, dem Lernen sowie dem gegenseitigen Verstehen und damit dem Zusammenleben der Menschen und der verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen.

Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2008 gilt, dass niemand wegen einer Behinderung aus dem allgemeinen Schulsystem ausgeschlossen werden darf. Deshalb wollen wir, dass allen Schülerinnen und Schülern, ob mit oder ohne Behinderung, ermöglicht wird, die Schule in der Nachbarschaft, unabhängig von sozialer Herkunft, Sprache oder Behinderung, zu besuchen.

Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik ist die demokratische, humane, zukunftsfähige und für die Zukunft befähigende Schule,

- in der alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder Behinderung gemeinsam ihren Fähigkeiten und Interessen gemäß lernen können und in der unterschiedliche soziale und kulturelle Lebensbedingungen sowie geschlechtsspezifische Sozialisationserfahrungen das pädagogische und didaktische Konzept von Schule und Unterricht bestimmen;
- in der Schülerinnen und Schüler sich mit gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und den damit verbundenen Chancen und Risiken auseinandersetzen sowie deren historische und gestaltbare Dimensionen begreifen;
- in der Schülerinnen und Schüler die Grundwerte Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einüben und erleben können;
- in der Schülerinnen und Schüler mit ausreichend Wissen, Methoden und Sozialkompetenzen ausgestattet werden, um in einer sich rapide verändernden Arbeitswelt ihren Platz zu finden;
- die von der gesamten Schulgemeinde, also von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern, gestaltet wird;
- die sich als Schule in der Stadt und im Stadtteil versteht, indem sie außerschulische Expertinnen und Experten in die Schule holt und außerschulische Lernorte nutzt;
- in der Schülerinnen und Schüler gefordert und gefördert werden, an ihren Stärken und Schwächen wachsen und angstfrei lernen können sowie eine Leistungsbewertung erfahren, die den weiteren Lernprozess fördert;
- in der Schülerinnen und Schüler lernen, sich auf andere zu beziehen, Auseinandersetzungen gewaltfrei und fair auszutragen und die Fähigkeit erwerben, mit anderen zusammenzuarbeiten;
- in der Schülerinnen und Schüler andere Kulturen verstehen und respektieren lernen, Freundschaften unabhängig von Herkunft, Nationalität und ethnischer oder sozialer Gruppenzugehörigkeit knüpfen, Wissen über die Herkunftsländer der zugewanderten Mitschülerinnen und Mitschüler erwerben und die Freiräume für unterschiedliche kulturelle Entwicklungen ermöglicht.

Eine möglichst frühe Förderung entscheidet dabei maßgeblich über den späteren Bildungserfolg und ist deshalb in Bezug auf Chancengleichheit unverzichtbar. Darüber besteht – insbesondere auf der Grundlage der neueren pädagogischen, entwicklungspsychologischen und neurobiologischen Forschung – Einigkeit.

Zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik bleiben Chancengleichheit und individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler. Die Bildungschancen und damit Chancengleichheit für junge Menschen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Getreu dem Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ wollen wir wohnortnahe Grundschulen. Wir wollen Grundschulen, die sich der Aufgabe der Integration und Kompensation in der

Eingangsstufe öffnen, die Kinder möglichst frühzeitig an Gruppenarbeit und selbstständiges Lernen gewöhnen und Schülerinnen und Schüler nach ihren Fähigkeiten fordern und fördern.

Die Sozialdemokratie will eine Schulzeitverkürzung, mit der sich - anders als beim „Turboabitur“ G8 - die Schulen auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder einstellen statt umgekehrt. Wir wollen deshalb eine Schuleingangsstufe, mit der die ersten beiden Schulklassen – je nach Entwicklung, Bedürfnissen und Fähigkeiten des Kindes – in ein bis drei Jahren durchlaufen werden kann, sowie eine Oberstufe, die in zwei oder drei Jahren zur Hochschulreife führt. Die entwicklungs- und familienfeindliche G8-Verdichtung in der Mittelstufe lehnen wir dagegen ab.

Unser Ziel ist das „Haus der Bildung“: Sozialdemokratische Schulträger werden sich für den Ausbau echter Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagstisch verbunden mit einem pädagogischen Betreuungsangebot, für längeres gemeinsames Lernen und für einen Ausbau der Schulsozialarbeit einsetzen. Wir wollen die Schulen als zentralen Ort von Bildung und sozialer Integration ausbauen und als Schule im Gemeinwesen zur Schnittstelle zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen von der Wirtschaft über den Sportverein bis zur Theatergruppe aufwerten. Wir werden die integrative Wirkung der Schulen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, zwischen Eltern, Lehrern und Kindern stärken. Wir wollen dabei die Entwicklung der Schule zum selbstständigen Kooperationspartner, zum kommunalen Interaktionszentrum der Bildung und Kultur und zum Impulsgeber kommunaler Initiativen für die Bildung befördern. Wir wollen mehr Autonomie und Eigenverantwortung von Schulen auf Basis von Zielvereinbarungen mit dem Land und dem Schulträger.

Wir sehen Lebensbegleitendes Lernen als öffentliche kommunale Aufgabe. Dazu streben wir die Vernetzung der Familien-, der Kinder- und Jugendhilfe, der Schulträger, der Fort- und Weiterbildung im beruflichen Bereich und der Erwachsenenbildung sowie der kulturellen Einrichtungen an und wollen landesweit Zentren des Lebensbegleitenden Lernens ermöglichen.

## **5. Unsere Kommunen sind für alle da: Wir ermöglichen Integration, Teilhabe und Engagement**

### **Integration von Migranten und deren Familien in unseren Städten und Dörfern**

Hessen ist ein Einwanderungsland. Wir sehen eine bedeutende Chance in zugewanderten Menschen, die mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik darstellen. Für die SPD ist deshalb Integration eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben bei der Gestaltung unserer Städte und Gemeinden.

Gesellschaftliche Integration setzt zweierlei voraus: einmal die wechselseitige Akzeptanz, den Respekt und die Toleranz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zum anderen Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in allen Bereichen der Gesellschaft. Den zentralen Ansatzpunkt einer gelungenen Integrationspolitik bildet die kommunale Ebene. Die Handlungsfelder der Kommunalpolitik wie Bildung, Wohnen, Soziales, Kultur, Sport, Gleichstellung und andere müssen auf die Querschnittsaufgabe Integration abgestimmt sein. Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen ihren Niederschlag finden.



Die Stadt(teil)entwicklung, die Wohnungspolitik und die sozialen sowie kulturellen Angebote/Orte in den Kommunen wollen wir gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten so gestalten, dass hier Inklusion stattfindet statt Segregation. Wir sind sicher, dass beide Seiten durch besseres gegenseitiges Verstehen profitieren und dass das gemeinsame Leben als Bereicherung durch Vielfalt erfahren wird.

Politische Partizipation ist für gesellschaftliche Teilhabe zentral. Wir wollen:

- eine umfassende politische Beteiligung von Migranten auf allen kommunalpolitischen Ebenen gewährleisten. Wir treten deshalb für das Kommunalwahlrecht aller in den Städten und Gemeinden lebenden Migranten ein.
- die Gründung und Tätigkeit von kommunalen Ausländerbeiräten unterstützen, solange ein solches Wahlrecht nicht besteht.
- eine angemessene Beteiligung von Migranten in sämtlichen kommunalen Beratungsgremien (Kommissionen und Beiräte).
- darüber hinaus Migranten motivieren, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen.
- eine Verwaltung, die für alle Gruppen da ist – auch und gerade für Migranten:
  - Die Kommunen sollen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und Migranten bei Einstellungen und der Ausbildungsplatzvergabe stärker als bisher berücksichtigen, um so deren interkulturelle Kompetenzen zu nutzen.
  - Die interkulturelle Kompetenz in kommunalen Verwaltungen und Gremien wollen wir zudem durch umfassende Qualifikations- und Weiterbildungsangebote fördern.

Wir werden im Rahmen kommunaler Möglichkeiten Programme auflegen, um mit dem Ziel gleicher Berufsbildungs- und Beschäftigungschancen Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Wir wollen ausländischen Existenzgründern und Selbstständigen dabei helfen, bestehende Beratungs- und Förderungsangebote wahrzunehmen.

Bildung, Aus- und Weiterbildung kommen eine Schlüsselrolle bei der Integration zu. Wir wollen deshalb:

- dass Kindergärten und Schulen die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen gezielt fördern,
- die rasche Verwirklichung interkultureller Erziehungskonzepte in Kindergärten und Schulen,
- eine Ausweitung der muttersprachlichen Angebote sowie die kontinuierliche Förderung antirassistischer und gegen Antisemitismus gerichteter Arbeit in Schulen,
- alle Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf beraten und unterstützen.

Weiterbildung fungiert im Rahmen des Integrationsprozesses erwachsener Migranten als Schlüsselrolle. Ihnen müssen deshalb bedürfnisgerechte Angebote unterbreitet werden, die ihre besonderen Fähigkeiten fördern.

Das Weltbild und der Umgang mit Fremden werden maßgeblich in Kindheit und Jugend geprägt. Integrationsfördernde Maßnahmen in dieser Entwicklungsphase sind daher besonders wichtig. Bildung und Aufklärung über Kulturen und Religionen sind ein wesentlicher Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und Integration zu fördern. Wir wollen deshalb neu konzipierte Jugendeinrichtungen, in denen sich Jugendliche im geschützten Umfeld altersgemäß aufhalten, betätigen, weiterentwickeln und aktiv in die Gesellschaft einbringen können. Wir werden Rassismus und Ausgrenzung auf allen Ebenen aktiv entgegenzutreten.

Frauen mit Migrationshintergrund sind oftmals von doppelter Diskriminierung (als Frau und als Migrantin) betroffen. Aus diesem Grund ist es nötig, die Situation dieser Frauen zu verbessern, um die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten. Deshalb treten wir ein für:

- eine frühzeitige, qualifizierte Berufsberatung junger Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sowie die Förderung durch Aus- und Weiterbildung.
- eine verstärkte Unterstützung von Beratungsstellen speziell für Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt betroffen sind. Sie müssen dem Bedarf entsprechend speziell finanziell ausgestattet werden.
- für eine Sensibilisierung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten hinsichtlich der speziellen Situation von Migrantinnen.
- für die Förderung differenzierter Angebote zum Spracherwerb für Frauen.

Der Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Ihre Zahl wird sich in den kommenden zehn Jahren verdoppeln. Experten rechnen damit, dass sie früh auf fremde Hilfe und Pflegemaßnahmen angewiesen sein werden, da sie oftmals schwere körperliche Arbeit verrichtet haben. Deshalb wollen wir, dass:

- alle Altenhilfeeinrichtungen interkulturell geöffnet werden, damit Migrantinnen und Migranten an den Angeboten der Einrichtungen entsprechend ihrem kulturellen Hintergrund teilhaben können. Pflegepersonal mit Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen muss verstärkt eingesetzt werden, damit kultursensible Pflege zum Regelfall wird.
- Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund als zusätzliche Brücke zwischen Bewohnern, Patienten und deren Angehörigen einerseits und professionellem Personal andererseits gewonnen werden.
- wir bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten die kultur- und religionssensiblen Aspekte der Migranten berücksichtigen.

Freiwilliges Engagement in einer Gesellschaft und Gemeinschaft ist auch Zeichen der sozialen Integration. Darum ist die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in das kulturelle, sportliche und soziale Leben einer Gemeinde von großer Bedeutung. Kulturübergreifende Vereinsringe und Koordinierungsplattformen, aber auch die Einbeziehung von Migranten und ihren Organisationen in die Netzwerke von Freiwilligenagenturen können dazu einen Beitrag leisten.

Vereine und Selbstorganisationen von Migranten wollen wir gleichberechtigt unterstützen. Der Austausch zwischen unterschiedlichen Vereinen sowie gemeinsame, die Integration fördernde Kooperationsprojekte von deutschen und Migrantenvereinen erhalten unsere besondere Unterstützung. Die Forderungen religiöser Vereinigungen nach freier Ausübung ihrer Religion werden wir auch im kommunalen Bereich aktiv unterstützen.

## Unsere Jugendpolitik

Oberstes Ziel unserer Politik für Kinder und Jugendliche sowie mit Kindern und Jugendlichen ist es, allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in der solidarischen Gesellschaft mit Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder sozialen und kulturellen Herkunft zu ermöglichen und sie für die aktive Mitgestaltung der Gemeinschaft zu gewinnen. Individuelle Selbstentfaltung und Selbstbestimmung ermöglichen demokratische Teilhabe; beide aber können nur gedeihen, wenn Chancengleichheit und die Möglichkeit der Integration, sowohl für das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen als auch für die verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen, gegeben sind. Politik für Kinder und Jugendliche zielt folglich auf die Verhinderung und den Abbau materieller Benachteiligung, sozialer Ungleichheit sowie kultureller Diskriminierung. Die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten in alle sie betreffenden Fragen und Entscheidungsprozesse ist zugleich Mittel und Ziel dieser Politik.

Gleichheit der Lebenschancen bedeutet nicht Gleichheit der Lebensentwürfe und Lebenswege. Integration bedeutet nicht das unterschieds- und gesichtslose Aufgehen in der sozialen und kulturellen Umgebung. Selbstentfaltung und Selbstbestimmung machen das Miteinander erst möglich, Eigensinn und Solidarität gehören zusammen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern wir wollen gemeinsam mit ihnen eine Gesellschaft entwickeln, in der ihnen möglichst lange möglichst viele Möglichkeiten offenstehen und in der sie aus diesen Möglichkeiten die ihnen gemäße auswählen können.

Damit diese Ziele erreicht werden, wollen und müssen wir möglichst eng an der Lebensrealität von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ansetzen. Gemeinwesen-, Stadtteil- und Lebensweltorientierung sind notwendig, um Defizite und Benachteiligungen möglichst präzise zu erkennen und möglichst rasch sowie nachhaltig beseitigen zu können, aber auch, um realistische Perspektiven und Formen der Einmischung und Beteiligung eröffnen zu können. Daneben bedarf es indes auch übergreifender Politikansätze, z. B. im Bereich der Schaffung von Qualifizierungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten. Als zunehmend bedeutsam bzw. weitgehend unverzichtbar für eine auf Integration gerichtete Politik erweist sich zudem das Entwickeln integrierter, vernetzter Arbeitsansätze.

Sozialdemokratisch geführte Kommunen unterbreiten deshalb Angebote, damit sich Mädchen und Jungen in das gesellschaftliche Leben einmischen und mitwirken können. Kommunale Jugendpolitik muss darauf ausgerichtet sein, den heranwachsenden Jugendlichen Orientierung zu geben und die Mitwirkung an politischen Entscheidungen zu ermöglichen, z. B. in Form von Jugendparlamenten und -foren. Wir setzen uns außerdem dafür ein, das Kommunalwahlalter wieder auf 16 Jahre zu senken.

Kommunale Jugendpolitik darf den Jugendlichen nicht im Sinne administrativer Fürsorge gegenüberreten, sondern muss Eigeninitiative wecken. Das ist nur möglich, wenn sie hierfür ausreichend Freiräume lässt.

Die verschiedenen Angebote von Bildungsträgern, Schulen, Sportvereinen, Jugend- und Freizeitstätten sollen verstärkt miteinander verbunden werden. Dort, wo kommunale Jugendämter und Schule zusammenwirken, können gute Erfolge in der Jugendarbeit festgestellt werden. Diese erfolgreichen Modelle wollen wir ausweiten.

Wir wollen den Jugendlichen Perspektiven für ihr künftiges Berufsleben aufzeigen. Wir müssen sicherstellen, dass sowohl Mädchen als auch Jungen die Chance auf eine gute Ausbildung erhalten und die Fähigkeit erwerben, sich in der Welt der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien selbstständig zu bewegen. Das bedeutet, dass Kommunen als Arbeitgeber ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen und Schulen sowie Jugendpflegeeinrichtungen entsprechend modern ausgestattet sind.

Der gesellschaftliche Wandel und die Auflösung traditioneller Familienstrukturen führen insbesondere in den großen Städten zu einem dramatischen Anstieg der Erziehungshilfefälle und des Aufwands in der Jugendpolitik. Wir müssen diesen Trend stoppen und umdrehen, um eine Überforderung der Gesellschaft zu vermeiden und den weiteren Kostenstieg zu begrenzen. Die kreisfreien Städte und Landkreise als Träger der Jugendhilfe dürfen mit diesen Problemen nicht alleingelassen werden, sondern brauchen die Unterstützung anderer Politikfelder sowie eine auch für dieses Aufgabenfeld hinreichende Finanzausstattung.

### **Grundsätze sozialdemokratischer Sportförderung**

Sport ist Teil unseres kulturellen und sozialen Lebens. Er trägt zu Lebensqualität, Lebensfreude und Gesundheit bei. Als Ausdruck heutiger Bewegungs-, Spiel- und Körperkultur leistet der Sport unverzichtbare Beiträge zur individuellen und sozialen Entfaltung des Menschen in unserer Gesellschaft.

Für Kinder und Jugendliche sind Bewegung, Spiel und Sport unerlässlich für ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung. In Bildung und Erziehung eröffnet der Sport Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und Selbstbestimmung, von Leistung und Bewährung. In einer vernetzten Politik der Gewaltprävention spielt er eine wichtige Rolle. Sport im Verein ist relevant für die Kultur des Zusammenlebens, trägt zur Urbanität und Humanität der Städte bei, hilft bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und ist im Programm „Soziale Stadt“ unverzichtbar. Sport bietet spannende Unterhaltung und bereichert die moderne Festkultur unserer Zeit. In einer Welt, in der Individualisierung und Anonymität zunehmen, sind die Sportvereine ein Stück gelebte Solidarität – sie bieten den Menschen Geborgenheit und Heimat.

Zugleich repräsentieren sie wichtige Träger einer sich entwickelnden Bürgergesellschaft. Kommunale Sportförderung stabilisiert die Arbeit der Sportvereine, indem sie die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Die SPD wird den Vereinen auch in Zukunft eine Partnerin sein, die die Grundvoraussetzungen für verantwortungsvolle Arbeit im Dienste der Bürgergemeinschaft garantiert. Dies gilt auch und gerade in Zeiten mit finanziellen Engpässen, in denen in vielen Kommunen die Prioritäten neu gesetzt werden müssen.

Dabei wollen wir neue Ideen und innovative Ansätze gezielt unterstützen. Die öffentliche Hand als subsidiärer Partner des Sports hat vor allem die Pflicht, denjenigen Vereinen gezielt zu helfen, die Kinder- und Jugendarbeit gestalten oder weitere soziale Aufgaben übernehmen, da diese auch in Zukunft weder durch kommerzielle Vermarktung noch rein ehrenamtlich oder lediglich durch das Beitragsaufkommen realisiert werden können.

Die Förderungswürdigkeit der einzelnen Sportbereiche wird vor allem an der sozialen und gesellschaftlichen Bedeutung zu messen sein.

Folgende Bereiche der Sportförderung sind aus sozialdemokratischer Sicht vorrangige Aufgabe für die Kommunen und deshalb auf Dauer zu sichern und auszubauen:

- Bereitstellung einer guten Sportstätteninfrastruktur,
- vielfältige Sportangebote für Kinder und Jugendliche,
- Sportangebote für sozial und gesundheitlich Benachteiligte,
- zielgruppengerechte Angebote für Senioren.

**Sportinfrastruktur und nachhaltige Sportentwicklung:** Bewegungsanreize und Sportmöglichkeiten für alle zu schaffen, das gehört zum Leitbild der sozialen Stadt. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat – außer bei unabweisbarem Neubau in Einzelfällen – nicht mehr der Bau, sondern haben Sanierung und Modernisierung der Sportanlagen oberste Priorität. Multifunktionalität, energiesparende Maßnahmen und ggf. orts- und kreisgrenzenübergreifende Nutzungskonzepte (vor allem bei Bädern) verkörpern dabei zentrale Leitlinien.

Die unentgeltliche Überlassung kommunaler Kernsportstätten an die Vereine für den Übungsbetrieb ist nach wie vor wesentlicher Teil sozialdemokratischer Sportförderung. Dabei wird es zunehmend nötig sein, dass die Träger z. B. durch die Übernahme der Schlüsselgewalt oder auch durch Beiträge zu den Energiekosten entlastet werden. Vereine mit eigenen Anlagen sollen sowohl bei den Investitionen als auch bei der Unterhaltung unterstützt werden.

**Kinder- und Jugendsport:** Sport ist weiterhin die wichtigste Freizeitbeschäftigung von Kindern und Jugendlichen. Er ist unersetzlicher Teil der Jugendkultur. Für die meisten Jungen und Mädchen ist er lebenswichtig für die Erfüllung körperlicher, seelischer und sozialer Bedürfnisse. Die Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen, aber auch von Sportangeboten außerhalb der Sportvereine hat für uns Vorrang in der kommunalen Sportförderung.

Die Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen sowie die von Sozialdemokraten ins Leben gerufenen Kooperationsprojekte im Breitensport und bei der Talentförderung wollen wir ausbauen, die bewegungsfreundliche Gestaltung der Pausenhöfe an den Schulen muss fortgeführt werden. Spiel, Sport und Bewegung wollen wir bereits in den Kitas fest verankern. Wir streben dabei ein ausgewogenes Angebot an, das die unterschiedlichen Interessen von Mädchen und Jungen berücksichtigt.

Viele Sportvereine sehen durch das „Turbo-Abitur“ G8, den damit verbundenen Ausbau des Nachmittagsunterrichts und den generellen Trend zu mehr Ganztagsschulangeboten ihre Jugendarbeit erschwert und den Zugriff auf Sporthallen eingeschränkt. Auf kommunaler Seite wollen wir mithelfen, durch neue Kooperationsformen zwischen Schulen und Sportvereinen Kinder und Jugendliche an das örtliche Sportangebot heranzuführen und räumliche Engpässe zu überwinden.

**Sport als Prävention:** Nicht zuletzt aus präventionspolitischen Gründen müssen die Kommunen einen Schwerpunkt auf die Förderung des Kinder- und Jugendsports legen. Die Überwindung von Gewalt und Drogenkonsum bindet seit Jahren viele personelle und finanzielle Ressourcen.

Der Sport kann zwar Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite oder schlechte Wohnverhältnisse nicht verhindern, aber er kann das Selbstvertrauen benachteiligter Kinder und Jugendlicher stärken und vielen Jugendlichen mit schlechten Startbedingungen den Weg zu einem selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Leben erleichtern.

Sportförderung mit präventiver Zielsetzung kann nur dann Erfolg haben, wenn alle Jugendlichen in der Kommune erreicht werden. Dazu ist eine Vernetzung kommunaler Anstrengungen unabdingbar. Das Engagement der Sportvereine wollen wir koordinieren mit der offenen Jugendarbeit, der Jugendhilfe, kirchlichen Angeboten und – wo vorhanden – in kommunale Präventionskonzepte einbinden.

**Integration und gesellschaftliche Teilhabe durch Sport:** Soziale Integration ist ausdrückliche Zielsetzung sozialdemokratischer Sportpolitik. Der Sport bietet viele Möglichkeiten der Begegnung. Menschen aller Altersstufen, verschiedener Herkunft, Religion und mit unterschiedlichem sozialen Status treffen sich beim Sport in Mannschaften, beim Training, Wettkämpfen und geselligen Aktivitäten der Vereine. Diese gemeinsamen Erlebnisse von Erfolg, Niederlage oder Emotion schaffen schnell ein Gefühl der Verbundenheit.

Einheitlich definierte und für alle geltende Regeln und Normen dienen als stabile Basis für ein vorurteilsfreies, von Toleranz und Akzeptanz getragenes, faires Sporttreiben. Trotzdem – Integration lässt sich nicht verordnen, vollzieht sich in aller Regel nicht von selbst – ist es ein Prozess wechselseitiger Anerkennung, der initiiert werden muss, soll er nachhaltige Erfolge erzielen. Wir befürworten einerseits die Öffnung der Sportvereine für unterprivilegierte und im Sport unterrepräsentierte Gruppen, andererseits eine stärkere Nutzung des Sports und seiner Möglichkeiten in der Sozialpolitik.

Besonders wollen wir die interkulturelle Öffnung von Sportvereinen unterstützen, den Austausch und Kontakt mit den monoethnischen Sportvereinen suchen und diejenigen Vereine besonders fördern, die sich an Integrationsprojekten beteiligen.

**Leistungssport:** Sportliche Talente haben Anspruch auf Förderung zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten, ebenso wie Hochbegabte in Musik oder Kunst. Nicht zuletzt ist der Leistungs- und Spitzensport gute Unterhaltung und insofern ein wichtiger Bestandteil von Alltagskultur und Freizeitgestaltung. Deshalb ist die Förderung von Leistungs- und Spitzensport auch eine kommunale Aufgabe, bei der aber mehr als bisher auf regionaler Ebene zusammengearbeitet werden muss.

### **Sozialpolitik fördert Selbstbestimmung, schafft Lebenschancen und stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Wir wollen, dass alle Menschen selbstbestimmt leben können. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Wir wollen, dass alle Menschen an allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt teilhaben. Sozialdemokratische Sozialpolitik versteht sich deshalb nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderer Not, sondern als Politik der Gestaltung der Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die soziale Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen und gegen die soziale Abgrenzung gesellschaftlicher Gruppen untereinander. Wir wollen den Zusammenhalt durch gegenseitiges Lernen und Verstehen stärken. Wir fordern hierzu soziale Verantwortung ein und treten jenen entgegen, die meinen, sie könnten ihre Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer ausleben.

Die Vielzahl sozialer Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit, Verschuldung, Kriminalität, Vandalismus, Drogenmissbrauch, gesundheitliche Risiken, Behinderung, Erziehungs- und Qualifikationsprobleme, werden in den Kommunen zuallererst sichtbar und begründen die Notwendigkeit einer umfassenden kommunalen Sozialpolitik jenseits bzw. in Ergänzung zu den großen sozialen Sicherungssystemen auf deutliche Weise. Diese kommunale Sozialpolitik wird von drei Säulen getragen: den eigenen Einrichtungen und Maßnahmen der Kommunen, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe sowie von den organisierten wie unorganisierten ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Netzwerken der Selbst- und der gegenseitigen Hilfe. Alle drei Säulen sind gleich wichtig und verdienen gleiches Augenmerk und Unterstützung.

Das Netz der Beratungs- und Hilfeangebote ist durch den Einsatz der Kommunen – trotz der harten Einschnitte im Gefolge der „Operation Düstere Zukunft“ der Landesregierung – nach wie vor gut ausgebaut, eng verknüpft und auf hohem professionellen Niveau. Dabei wirken die öffentlichen Träger eng mit den freien Trägern der Sozial- und Jugendhilfe zusammen. Zunehmend verbessert worden ist auch die überörtliche und regionale Zusammenarbeit. Neben dem an manchen Stellen noch erforderlichen quantitativen Ausbau steht im Mittelpunkt unserer Bemühungen für die Zukunft die Sicherung der bestehenden Strukturen die Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Arbeit durch klarere Strukturen der Arbeitsteilung und Kooperation, die bessere Erreichbarkeit für Rat- und Hilfesuchende durch stärkere Transparenz und gemeinwesenorientiertes Arbeiten sowie die noch stärkere präventive Ausrichtung der Arbeit, die schon aktiv wird, bevor Menschen zu „Fällen“ geworden sind und als Anspruchsberechtigte Geld- oder Dienstleistungen nach den verschiedenen sozialen Leistungsgesetzen des SGB erhalten. Unser Ziel ist eine präventive Sozialpolitik, die sich individuellen Problemlagen bereits dann öffnet, bevor diese zu nur noch schwer lösbaren Dauerproblemen geworden sind. Für die Gewährung von Hilfen selbst gilt der klare Grundsatz „ambulant vor stationär“. Beides ist auch ein wesentlicher Beitrag dazu, finanziell knappe Ressourcen zielgerichtet und Erfolg versprechend einzusetzen.

Wir unterstützen neue Ansätze und Projekte zur Bewältigung sozialer Probleme, z. B. Anlaufstellen für Alkoholranke wie den „Trinker-Räumen“ nach dem Kieler Modell. Wir wollen neue Ansätze in Modellprojekten auch in Hessen erproben.

Vorausschauende Sozialberichterstattung, Sozialplanung und Sozialpolitik müssen Frühwarnsysteme entwickeln, damit sowohl im Einzelfall als auch bezogen auf Zielgruppen und Stadtteile rechtzeitig eingegriffen werden kann. Die präventiven Potenziale der Arbeit in den Kindertagesstätten und in den Schulen müssen verstärkt in die Strategien kommunaler Sozialpolitik einbezogen werden, die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe bedarf dringend der Verbesserung und institutionellen Absicherung. Familien, Nachbarschaft, Selbsthilfeinitiativen und örtliche Gemeinschaften müssen motiviert und in die Lage versetzt werden, als soziales Netz zu wirken.

Kommunale Sozialpolitik muss dabei helfen, reale Notlagen zu überwinden. Dabei müssen die Selbsthilfekräfte durch konkrete Beratung aktiviert und unterstützt werden. Soziale Arbeit sollte ferner aktive Stadtteilentwicklungspolitik sein, die sich quer zu den Politikfeldern einmischt und mit den anderen Ressorts kooperiert. Es geht darum, Fragen der Beschäftigung, des Wohnens, der Qualifizierung, des Lebensstils und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusammenzuführen. Deshalb müssen die „Soziale Stadt“-Projekte fortgeführt und die dort gesammelten Erfahrungen systematisch auf andere Stadtteile und Wohngebiete übertragen werden.

Wir werden verstärkt die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren einfordern. Solidarität kann Eigenverantwortung allerdings nicht ersetzen. Deshalb müssen:

- die Eigenkräfte der Betroffenen gestärkt werden,
- bürgerschaftliches Engagement gefördert werden,
- neue soziale Netzwerke geknüpft werden,
- das Zusammenspiel der Angebote privater und freier Träger, der Selbsthilfe und öffentlicher Leistungen besser organisiert werden,
- die Effektivität sozialer Einrichtungen und Dienste erhöht werden,
- die sozialen Leistungen zielgenauer eingesetzt werden.

### Gleichberechtigung heißt Gleichstellung der Geschlechter

Für uns ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht Selbstzweck, sondern die Veränderung der immer noch männlich geprägten Gesellschaft. Frauenpolitik ist keine Nischenpolitik für eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe, sondern hat das Ziel, Lebensentwürfe, Interessen und Sichtweisen von Frauen als gleichwertig in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens anzuerkennen und einzubeziehen und damit zu einer Veränderung des immer noch an männlichen Sichtweisen orientierten gesellschaftlichen Zusammenlebens beizutragen. Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen Jahren ein gutes Stück weitergekommen, aber noch immer gibt es Ungleichheiten, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekämpfen und ändern wollen.

Immer noch:

- werden viele Frauen in Ausbildung und Beruf benachteiligt und bei gleicher Arbeit oft nicht gleich bezahlt;
- ist der Anteil von Frauen an Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern höher als bei den Männern;
- ist Altersarmut überwiegend weiblich;
- werden Zeitabläufe und Organisationsformen von Erwerbsarbeit durch männliche Lebensentwürfe bestimmt, weil Frauen immer noch überwiegend der private Bereich der Hausarbeit und Kindererziehung zugewiesen wird;
- haben Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik geringere Chancen;
- werden Frauen Opfer männlicher Gewalt.

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern auf allen gesellschaftlichen Feldern. Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich für die Rechte der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ein. Unterschiedliche Betroffenheiten und Perspektiven der Geschlechter müssen gleichberechtigt in alle Entscheidungsprozesse eingehen. Sozialdemokra-



tische Kommunalpolitik setzt sich für eine gerechtere Verteilung der Rollen und Aufgaben zwischen Frauen und Männern ein.

Entscheidend ist, dass durch eine gleichberechtigte Besetzung der Entscheidungsgremien auch Frauen ihre Erfahrungen einbringen können und die Gleichstellung der Geschlechter alltägliche Praxis wird.

### **Senioren stehen in der Mitte der Gesellschaft**

Das Ziel der kommunalen Seniorenpolitik besteht darin, die menschliche Würde und Persönlichkeit im Alter zu erhalten. Die meisten Älteren sind aktiver Teil der städtischen oder dörflichen Gemeinschaft. Sie mischen sich ein und wirken mit. Wir werden ältere Menschen ermutigen, sich bürgerschaftlich zu engagieren, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen und ihr Wissen sowie ihre Erfahrung in das gemeinschaftliche Leben einzubringen. Ein Mittel hierzu kann die Einbeziehung der Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren auf kommunaler Ebene durch Seniorenräte bzw. Seniorenvertretungen in den Kommunen sein.

Politik mit älteren und für ältere Menschen ist gute sozialdemokratische Tradition. Sozialdemokratisch geführte Kommunen haben als Erste in Hessen eigenständige Ansätze kommunaler Altenpolitik entwickelt. Diese sind seither unter sozialdemokratischer Verantwortung ausgebaut und weiterentwickelt worden. Altenclubs in den Stadtteilen, Beschäftigungsangebote für ältere Menschen zur sozialen Integration, Freizeit- und Bildungsangebote sind hier seit Langem eine Selbstverständlichkeit.

Dies wollen wir fortführen und verbessern. Einen immer größeren Stellenwert müssen dabei generationenübergreifende Angebote erhalten. Eine längere Lebensdauer und ein zunehmend aktives Alter erhöhen die Bereitschaft und die Notwendigkeit, Wissen zu erweitern, zu ergänzen und auch an andere weiterzugeben. Bei den Bildungsangeboten gewinnt der Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologien auch für ältere Menschen immer mehr an Bedeutung. Dem wollen wir durch ein verstärktes Angebot der Volkshochschulen und durch generationenübergreifende Projekte begegnen.

Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für einen kontinuierlichen Abbau von Barrieren für Ältere und Behinderte ein. Unser Ziel einer umfassenden Barrierefreiheit beinhaltet, Wohnhäuser, Ämter, kulturelle Einrichtungen, Angebote im Nah- und Fernverkehr, Straßen und Plätze barrierefrei zu gestalten. Wir wollen, dass kein älterer Mensch von Mobilität oder kulturellem Angebot aufgrund seines Einkommens ausgeschlossen wird. Teilhabe am öffentlichen Leben muss aus unserer Sicht der Sozialdemokratie für alle Generationen bezahlbar sein.

Ein großes Thema für uns ist und bleibt das Wohnen im Alter. Noch sind viel zu wenige Wohnungen so gestaltet, dass sie auch Ältere mit körperlichen Einschränkungen nutzen können. Nur allzu oft steht im hohen Alter ein erzwungener Umzug aus dem gewohnten Lebensumfeld in ein Pflegeheim an. Viele ältere Menschen wollen dauerhaft selbstständig in ihren bisherigen Wohnungen leben. Das möchten wir unterstützen. Dabei werden wir gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften und den freien Wohlfahrtsverbänden vor allem auf ein stärker in die Stadtteile integriertes Wohnungsangebot für ältere Menschen und auf die intensivere Verknüpfung von Wohnen und Betreuungsangeboten achten. Wo erforderlich, müssen Netzwerke, ambulante Dienste und besondere Wohnangebote geschaffen und ausgebaut werden. Bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen und der Hilfe für die

Angehörigen wollen wir den ambulanten wie auch den teilstationären Bereich (Tages- und Kurzzeitpflege) weiter ausbauen.

Integrierte Beratungs- und Koordinierungsstellen für ältere und pflegebedürftige Menschen als gemeinsame Einrichtung der Kommunen und der Wohlfahrtsverbände erleichtern älteren Menschen und vor allem ihren Angehörigen ganz wesentlich den Zugang zu Hilfeangeboten.

Wir ermutigen und unterstützen die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe von Älteren für Ältere sowie die Entwicklung generationsübergreifender Angebote. Wir wirken aktiv im neu gebildeten und in seinen Funktionen gestärkten Seniorenbeirat mit und werden dessen Rat bei der Weiterentwicklung der Politik für ältere Menschen beachten.

### **Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement in der Kommune erhalten und fördern**

Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement verkörpert ein wesentliches Element innerhalb der kommunalen Politik. Politik und Verwaltung können nicht alle Probleme alleine lösen. Sie sind auf die Eigeninitiative der Betroffenen genauso angewiesen wie auf das vielfältige Engagement in der Bevölkerung. Sowohl dem Demokratieprinzip unseres Grundgesetzes als auch der Selbstverwaltung unserer Kommunalverfassung entspricht ein Recht der Bürger zur Teilhabe.

Wir wollen das freiwillige Engagement als Form der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens durch aktive Bürger erhalten und fördern und werden nicht zulassen, dass es als „Notanker“ und kostengünstiger Aushelfer für einen arm gemachten Staat missbraucht wird.

Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement ist für uns Sozialdemokraten praktische alltäglich gelebte Teilhabe. Es erhält den sozialen Zusammenhalt und fördert solidarisches Handeln. Dort, wo traditionelle soziale Bezüge wegbrechen, kann es sie wieder herstellen oder neue schaffen.

Dabei sind sowohl das klassische „Ehrenamt“ als auch die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement in nicht vereinsmäßig organisierten Gruppen, Projekten und Initiativen wichtige Standbeine.

Wir Sozialdemokraten wollen beides fördern:

1. Die bewährten Instrumente der Förderung der freiwilligen Engagements in organisierten Strukturen im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich, im Umweltschutz und bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen wollen wir ausbauen und verbessern.

Trotz immer schwieriger kommunaler Finanzlagen gehört dazu auch, Einrichtungen wie Sportstätten, Gemeinschaftshäuser und Vereinsräume in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen und dort, wo es notwendig ist, zu sanieren oder neu zu erstellen. Dabei wollen wir zusammen mit den Vereinen und Initiativen Möglichkeiten ausloten, wie durch Eigeninitiative, Kooperationsmodelle und Eigenleistung Kosten reduziert werden können.

Oberstes Ziel bleibt es, die Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns gegen die durch Steuergeschenke und die Unterfinanzierung der Gemeinden geschaffenen „Sparzwänge“ wehren und den Bürgern deutlich machen, wo die Ursachen für etwaige fehlende Finanzmittel liegen und die Verantwortlichen auch vor Ort benennen.

Besonderer Unterstützung bedarf die Jugendarbeit in den Vereinen. Nicht nur, weil sie wegen der demografischen Veränderung Voraussetzung für den Fortbestand der Kultur des freiwilligen Engagements in unserer Gesellschaft ist. Sie bildet auch einen wichtigen Beitrag dazu, junge Menschen an solidarisches Handeln, Verantwortungsbewusstsein und gegenseitige Rücksichtnahme heranzuführen.

Nachwuchs für freiwilliges Engagement kann aber nicht nur im Jugendbereich gewonnen werden. Der demografische Wandel bietet auch Chancen. Der wachsenden Zahl älterer Bürger, die aus dem aktiven Arbeitsleben ausgeschieden sind, bietet das freiwillige Engagement die Chance zu Teilhabe und zur aktiven Lebensgestaltung sowie zur Einbringung ihres Erfahrungsschatzes.

2. Das nicht organisierte freiwillige Engagement wollen wir durch den Ausbau von Freiwilligenagenturen unterstützen. Sie bieten Bürgern, die sich nicht in festen organisatorischen Strukturen engagieren wollen oder können, eine Anlaufstelle und bringen deren freiwilliges Angebot mit möglichen Bedarfsträgern oder Partnern in Verbindung. In einer sich demografisch verändernden Gesellschaft mit veränderten sozialen Beziehungsstrukturen können Freiwilligenagenturen einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere älteren Bürgern wegbrechende soziale Netze zu ersetzen und neue aufzubauen, in denen Hilfe, Unterstützung oder auch nur soziale Kontakte zur Verfügung stehen. Dabei bieten moderne Kommunikationsmedien neue Chancen und Hilfsmittel, wie z. B. Internet oder die Kabeldienste in großen Wohnungsgesellschaften. Einen weiteren bedeutenden Beitrag leisten Generationenhilfen, in denen generationsübergreifend nicht nur Hilfsangebote, sondern auch neue soziale Kontakte und Erfahrungsaustausch organisiert werden können. Dabei gilt es, insbesondere Schulen und Jugendinitiativen zu integrieren. Denn ältere Menschen verfügen über einen Erfahrungsschatz, der früher selbstverständlich im Familienverband weitergegeben wurde, der aber heute infolge stärkerer Individualisierung häufig nicht mehr auf direktem Wege generationsübergreifend vermittelt werden kann. Umgekehrt können junge Menschen älteren Mitbürgern ihr Wissen und ihre Erfahrungen im Umgang mit modernen Medien zur Verfügung stellen und sie in die Nutzung einführen.

Neben der materiellen Unterstützung bedarf bürgerschaftliches Engagement aber auch der Anerkennung. Dazu gehören eigene Veranstaltungen im Rahmen der Woche des freiwilligen Engagements, Auszeichnungen von besonders verdienten freiwilligen Engagierten und andere Formen der Anerkennung, wie z. B. Vergünstigungen, etwa bei der Ehrenamtskarte.

## 6. Gut und sicher leben

### **Menschen brauchen auch in Zukunft guten und bezahlbaren Wohnraum**

Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird die Wohnungspolitik der Zukunft stärker als bisher mit der gesamten Stadtentwicklungspolitik verbinden. Auch künftig ist Bauland vonnöten. Der Bedarf wird sich allerdings nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels und der Wanderungsbewegungen in den Regionen unterschiedlich entwickeln. Bei der Entwicklung von Bauland sind Modelle der sozial gerechten Bodennutzung zur Abschöpfung privater Planungswertsteigerungen zu nutzen. Kommunale Wohnungspolitik repräsentiert ein Kernelement der Daseinsvorsorge und bedarf des Schutzes vor neoliberalen Eingriffen.

Mit den Ressourcen muss sparsam umgegangen, darüber hinaus ist der Landschafts- und Naturschutz zu berücksichtigen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird alle Möglichkeiten prüfen, brachliegende Flächen zu nutzen. Angesichts des immer noch wachsenden Wohnflächenbedarfs pro Kopf sind flächensparende Bauweisen verstärkt anzustreben.

Wir werden eine an den Problemen der Stadtteile anknüpfende Stadterneuerungspolitik verstärken.

Es geht uns neben der Beseitigung von Funktionsschwächen und baulichen Mängeln gleichsam um die Umnutzung und Wiedernutzbarmachung von Brachen, um nachhaltige Beiträge zur Arbeitsplatzsicherung und Qualifizierung sowie um die Integration sozial-, bildungs- und kulturpolitischer Maßnahmen zu einem Gesamtkonzept. Dieses dient der Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen.

### **Mobilität ermöglicht Teilhabe**

Schwerpunkte kommunaler sozialdemokratischer Verkehrspolitik bilden Konzepte der Verkehrsvermeidung durch verkehrsreduzierende Siedlungsstrukturen, der Verlagerung von mehr Verkehr auf den Umweltverbund (zu Fuß, per Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel), der Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge (z. B. bei den kommunalen oder kommunal verbundenen Verkehrsbetrieben), der Verkehrsvernetzung und des integrierten Verkehrsmanagements über die kommunalen Gebietskörperschaften hinaus. Kein Verkehrsträger kann die vorhersehbaren Steigerungen des Verkehrsaufkommens allein bewältigen. Mobilität lässt sich lediglich durch ein enges Zusammenspiel unterschiedlicher Verkehrsträger sichern, wobei einer Versorgung auch des ländlichen Raums mit bezahlbaren, innovativen und flexiblen ÖPNV-Angeboten eine ökologische und soziale Schlüsselfunktion zukommt. Wir Sozialdemokraten bekennen uns ferner zur kostenfreien Schülerbeförderung.

### **Elektromobilität**

Als eine zentrale Frage der Verkehrspolitik der Zukunft wird sich die Elektromobilität erweisen. Auch hier hat Hessen die besten Voraussetzungen – von innovativen Zulieferern, die heute bereits E-Mobilität in Kleinserien anbieten, bis hin zu den Automobilwerken in Rüsselsheim und Baunatal. Die große Chance der E-Mobilität liegt in der Verbindung mit den erneuerbaren Energien. Wir wollen, dass die Möglichkeiten der E-Mobilität in hessischen Kommunen in entsprechenden Modellprojekten zusammen mit den Unternehmen der Mobilitätsbranche erforscht und vorangetrieben werden.

### **Kultur braucht Förderung**

Die Förderung der Kultur ist vor allem Aufgabe der Städten und Gemeinden. Aufgabe kommunaler Kulturpolitik ist die kulturelle Grundversorgung der Bürger durch Förderung von Produktion, Distribution und Rezeption kultureller und künstlerischer Institutionen und Projekte.

Auch in Zeiten knapper Kassen ist Kulturförderung keine freiwillige Leistung, sondern unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik. Vor allem kulturvermittelnde Angebote bedürfen des besonderen Schutzes sowie der gezielten Förderung; Lesepädagogik, Musikpädagogik, Theaterpädagogik, Medienpädagogik und Museumspädagogik sind notwendige Angebote, um eine Kultur für alle und von allen zu ermöglichen.

Der Tatsache, dass die nächste Generation voraussichtlich zur Hälfte mit Migrationshintergrund aufwächst, muss auch durch eine interkulturelle Pädagogik als kommunalpolitisches Arbeitsfeld Rechnung getragen werden.

Kinder und Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe kommunaler Kulturpolitik. Es gilt, jegliche Förderung mit diesbezüglichen Zielvereinbarungen zu versehen, um eine möglichst vielfältige ästhetische Bildung der jungen Generation zu gewähren.

Die Landespolitik muss besser Sorge dafür tragen, dass den Kommunen ausreichend Mittel z. B. für den Anschaffungs- und Veranstaltungsetat der Büchereien, für den Betrieb von Musik- und Jugendkunstschulen sowie für die Partizipation von Schülern an den Angeboten der Kultureinrichtungen zur Verfügung stehen.

Kulturinstitutionen müssen reformiert werden. Stadttheater und freie Theater sollten enger kooperieren, Verwaltungsstrukturen sollten mit den Mitteln modernen Kulturmanagements verändert werden, Netzwerke unter Einbeziehung der Schulen und Kindertagesstätten sollten eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

Die Veranstaltungsreihe der Kultursommer in Süd-, Mittel- und Nordhessen ist zu einem wichtigen Markenzeichen der Kultur in den Regionen und Kommunen avanciert. Wir wollen die Kultursommer dann noch stärker unterstützen und fördern, wenn sie neben dem regional profilbildenden Aspekt auch konzeptionellen Ansprüchen genügen.

Eine Kulturentwicklungsplanung für das Land Hessen sollte Gemeinden, Städte und Kreise zusammenführen, um an einem runden Tisch Kultur, Koordinations- und Kooperationsmöglichkeiten anzubieten, um perspektivisch Konzeptionen kultureller Aktivitäten zu ermöglichen. Kulturentwicklungsplanung ist keine Angelegenheit, die am grünen Tisch passiert. Sie muss von den kulturellen und kulturpolitischen Akteuren im Land und in den Kommunen getragen und formuliert werden.

### **Sicherheit durch Präsenz und Prävention**

Eine lebenswerte Kommune ist undenkbar ohne Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Das heißt für die SPD, sich überall bewegen zu können, ohne Angst, Opfer einer gegen Leib oder Eigentum gerichteten Handlung zu werden.

Die das subjektive Sicherheitsempfinden besonders beeinträchtigende Klein- und Straßekriminalität ist vielfach das Ergebnis einer verfehlten Bildungs- und Sozialpolitik. Unsere Antwort im Hinblick auf die tatsächlichen Sicherheitsprobleme sowie auf die Ängste mancher Bürgerinnen und Bürger ist deshalb ein entschieden präventiver Ansatz kommunaler Sicherheitspolitik, gepaart mit der Präsenz und Erreichbarkeit der Polizei in der Fläche.

Sicherheit in den Gemeinden bedeutet vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Verantwortungsträger. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei setzen wir ebenfalls auf die aktive Mitarbeit der Menschen. Um die tatsächlichen Probleme im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzupacken, bedarf es sozial mitdenkender Augen und Hände in unseren Stadtteilen und Wohnquartieren. Es geht deshalb aus unserer Sicht primär um gesellschaftliches Miteinander. Jeder Einzelne ist beim Aufbau dieses Miteinanders direkt und unmittelbar gefordert.

Um die vielfältigen Ansätze der Präventionsarbeit staatlicher und kommunaler Instanzen und der freien Träger sowie das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, zu bündeln und zu vernetzen, sind kommunale Präventionsräte unverzichtbare Instrumente geworden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, dass sie auch weiterhin Motoren der gesellschaftlichen Präventionsarbeit bleiben.

Wir werden die bestehenden erfolgreichen Projekte der Drogen- und Suchtprävention, der Prävention von Gewalt und sexuellem Missbrauch sowie von Kriminalität allgemein weiter unterstützen und ausbauen und dabei vor allem die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Institutionen verbessern. Gerade in diesem Bereich unterstützen wir eine Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit durch gemeinsam geplante und finanzierte Projekte. Vielerorts sind Projekte der mobilen Jugendsozialarbeit Instrumente der vorausschauenden Bearbeitung von Konflikten mit Jugendcliquen und -gangs geworden.

Wir wissen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl auch durch das Erscheinungsbild der öffentlichen Straßen und Plätze geprägt wird. Einen Beitrag hierzu leistet bereits die ausreichende Beleuchtung dunkler Wege, Straßen und Plätze mit Verkehrsbedarf auch in der Abend- und Nachtzeit.

Die Polizei muss für die Bevölkerung erreichbar und damit örtlich bleiben oder wieder werden. Ein gelegentliches motorisiertes Bestreifen kann diesem Anspruch nicht genügen. Dabei sind verschiedene Formen der Intensivierung örtlicher Präsenz denkbar. Die erkennbare Entwicklung, Polizeidienststellen, insbesondere im ländlichen Raum zu schließen oder in ihren Öffnungszeiten zeitlich zu begrenzen, lehnen wir deshalb ab.

### **Professionelle Beamten statt freiwilligem Polizeidienst**

Statt umfänglicher ausgebildeter Polizeibeamter wurde den Kommunen seitens der CDU-Landesregierung ein System des „freiwilligen Polizeidienstes“ angedient. Gleichwohl wir Arbeit und Engagement der Freiwilligen ausdrücklich anerkennen, bedarf die Kriminalitätsbekämpfung professioneller Arbeit durch professionelle Beamtinnen und Beamten und kann nicht aus Kostengründen durch freiwillige Bürgerarbeit ersetzt werden.

Die Landesregierung hat die negative personelle Entwicklung bei der Landespolizei zu verantworten. Dies umzukehren, wird Jahre dauern. Wir wollen dennoch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wissen. Daraus resultieren Handlungsnotwendigkeiten in den Städten und Gemeinden, da diese nicht zuwarten können und sich entwickelnde Sicherheitsdefizite vor Ort schwer umkehrbar sind. Wir sprechen uns deshalb für eine deutliche Professionalisierung der Kräfte der Ordnungspolizei in Städten und Gemeinden aus. Dabei sind auch gemeindeübergreifende Ordnungspolizeilösungen denkbar und dem Ziel einer stärkeren Präsenz zuträglich. Wenn möglich, wollen wir, dass das Personal dafür aus örtlichen Bewerbern rekrutiert wird.

Bei Aus- und Fortbildung einer professionellen Ordnungspolizei hat das Land die Kommunen intensiv zu unterstützen und sich sowohl an den Kosten der Aus- und Fortbildung als auch an den laufenden Personal- und Sachmittelkosten angemessen zu beteiligen.

Zur Sicherheit in unseren Kommunen gehört auch ein angemessener Brandschutz. Dem Dank an die vielen Ehrenamtlichen in den Feuerwehren muss zwingend auch eine entsprechende Ausstattung folgen, aus der sich das Land Hessen nicht verabschieden darf.

## 7. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: Rahmenbedingungen für Arbeit und Wohlstand vor Ort

Kernziel unserer Beschäftigungspolitik ist neben der Existenzsicherung die Ermöglichung von Teilhabe für alle Menschen. Zu den Grundsätzen unserer kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gehören:

- die Erkenntnis, dass lokal und regional vorhandene Kernkompetenzen als Basis jeder Erfolg versprechenden Wirtschaftsentwicklung fungieren,
- das Bekenntnis, dass Arbeit und Umwelt keine Gegensätze sind, sondern gemeinsam das Fundament einer zukunftsfähigen Politik bilden,
- das Bekenntnis zu einer Kultur der Selbstständigkeit, die sich nicht auf die Unternehmertätigkeit beschränkt, sondern das Prinzip „Aktivieren statt Alimentieren“ favorisiert und Eigeninitiative belohnt.

Verantwortungsbewusste Kommunalpolitik muss das ihr Mögliche tun:

- bei allen politischen Entscheidungen das Beschäftigungsziel zu berücksichtigen,
- dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen frühzeitig entgegenzuwirken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch aktive Wirtschaftsförderung zu unterstützen,
- die Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterqualifikation für Arbeitsuchende zu verbessern,
- die Mitverantwortung der Betroffenen im Einzelfall zu fordern,
- sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte zu initiieren und durchzuführen,
- Frauen und Männern die gleichen Chancen beim Arbeitsmarktzugang zu schaffen bzw. den
- Benachteiligten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Angesichts des demografischen Wandels und der anhaltenden Defizite im Bildungs-, Weiterbildungs- und Ausbildungswesen steht auch die kommunale Beschäftigungspolitik vor großen Herausforderungen. Entweder gelingt es uns, in mehr und bessere Bildung, lebensbegleitendes Lernen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie altersgerechte Arbeitsplätze zu investieren, oder wir lassen in naher Zukunft einerseits Fachkräftemangel und andererseits Arbeitslosigkeit bei vielen schlecht oder falsch ausgebildeten Menschen zu. Um künftig allen Menschen zu ermöglichen, ihre Potenziale zu nutzen, ist auf allen politischen Ebenen ein Paradigmenwechsel erforderlich, mit den Zielen:

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch entsprechende Angebote sicherzustellen,
- alle Kinder und Jugendliche schon früh und mit bildungsorientierten Kitas und pädagogischen Ganztagsangeboten mit integrierter Schulsozialarbeit zu fördern,
- die Institutionen der beruflichen Weiterbildung und Neuqualifizierung zu systematisieren und auszubauen,

- auf eine Arbeitskultur hinzuwirken, die sich am Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit aller Arbeitnehmer bis zum Renteneintritt orientiert, d. h. Jobgesundheit und beständige Weiterqualifikation aller Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt.

Daran muss auch die kommunale Ebene mitwirken.

Unser arbeitsmarktpolitisches Ziel besteht darin, dass alle Bürgerinnen und Bürger in jeder Lebenssituation ein Angebot für Qualifizierung, Förderung und existenzsichernde Arbeit erhalten. Anders als andere Parteien setzen wir dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, positive Anreize und die Ermöglichung von Teilhabe.

Wir wollen die beruflichen Schulen als eigenverantwortlich handelnde pädagogische Organisationen zu regionalen Kompetenzzentren für die Bereiche der beruflichen Erstausbildung (duales System und vollschulische Berufsausbildung als zweite Säule), der Gestaltung beruflicher Vollzeitbildungsgänge (Vollzeitschulformen) mit Erwerb der Studierfähigkeit und der Entwicklung inhaltlich verknüpfter beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildungsmodule im regionalen Berufsbildungsdialog ausbauen.

Unsere Beschäftigungspolitik hat das Ziel, niemanden zurückzulassen, jeder und jedem das Recht auf einen Arbeitsplatz zuzuerkennen. Deshalb wollen wir ergänzend zu den sonstigen Maßnahmen dauerhaft geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich sowie in lokaler Verantwortung („Job-Lokal“) schaffen, die das gegenwärtige Ausufernde der Ein-Euro-Jobs eindämmen und die existenzsichernd bezahlt werden.

Statt Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren, gilt es vielmehr, durch die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Beschäftigungssektors zusätzliche Dienstleistungen anzubieten. Gerade die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen oder Beratungsangeboten ist in der Bevölkerung sehr groß, bietet aber kein lukratives Geschäft und wird daher vom Markt nicht gewährleistet. Durch öffentliche Aufträge, die auch durch private Unternehmen ausgeführt werden können, können hier gleichzeitig zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und zudem die Interessen der Bevölkerung abgedeckt werden.

In kleinen und mittelständischen Unternehmen arbeiten rund zwei Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene stehen deshalb die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Unterstützung von Existenzgründungen. Die Erschließung und Pflege der lokalen Potenziale und der regionalen Wirtschaftsbeziehungen bieten dabei besondere Chancen. Der Ausbau regional orientierter Wertschöpfungsketten vom Erzeuger von Vorprodukten bis zum Endverbraucher bietet einen Ansatz, die lokale Wirtschaft zu stärken. Dies setzt indes voraus, dass sowohl einzelbetriebliche als auch kommunale Egoismen überwunden werden.

Viele kleine und mittelständische Unternehmen leiden an einem unzureichenden Zugang sowohl zu technologischen Innovationen als auch zu Finanzmitteln für Investitionen. Bei der Beschaffung ausreichender Finanzmittel sind die öffentlichen Sparkassen besonders wichtige Partner für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sozialdemokraten setzen sich deshalb für eine starke Rolle der Sparkassen und in den Aufsichtsgremien der Sparkassen für eine bewusst mittelstandsfreundliche Geschäftspolitik ein. Darüber hinaus unterstützt sozialdemokratische Kommunalpolitik die Bildung von Netzwerken zwischen mittelständischer Wirtschaft und den nächstgelegenen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, den Technologie- und Wissenstransfer sowie Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus.



Im Rahmen eines Stadt- und Regionalmarketings werden wir die Stärken der Wirtschaftsstandorte hervorheben. Gerade die sogenannten weichen Standortfaktoren - wie lokale Kultur- und Bildungsangebote, aber auch die Familienfreundlichkeit einer Kommune - wurden in der Vergangenheit oft unterschätzt. Sozialdemokraten setzen sich für die Förderung „weicher Standortfaktoren“ ein.

## **8. Neue Energie für die Kommunen: Die Energiewende schafft Arbeit vor Ort**

Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft stellt für uns Sozialdemokraten eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Die Endlichkeit und die stetige Verteuerung von Öl und Gas, der Klimawandel und die unkontrollierbaren Risiken der Atomkraft machen das Umsteuern hin zu erneuerbaren Energien zu einer globalen Zukunftsfrage.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist auch eine sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. In naher Zukunft werden die Preise der fossil-atomaren Energieträger die der Erneuerbaren übersteigen – wer aber dann erst anfängt, seine Energieversorgung umzubauen, der hat viel Zeit und auch viel Kapital verloren.

Jedes Jahr wird derzeit Energie im Wert von rund 15 Milliarden Euro nach Hessen importiert, der größte Teil davon in Form von Erdölprodukten (z.B. Heizöl) oder Erdgas – ein großer Teil davon aus Ländern mit politisch instabiler Lage oder mit fragwürdigen politischen Systemen. Der Umbau der Energieversorgung hin zu dezentralen und erneuerbaren Energien führt dazu, dass ein immer größerer Teil dieser Summe im Land, in der Region, im Kreis, in der Kommune bleibt und dort Arbeitsplätze schafft. Durch die konsequente Förderung der erneuerbaren Energien in den vergangenen zehn Jahren, z. B. durch das rot-grüne EEG-Gesetz aus dem Jahr 2000, sind bereits Zehntausende neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk, Forschung und Entwicklung entstanden – viele davon in Hessen.

Für die Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger sowie für Handwerk und Mittelstand vor Ort eröffnet der Wandel auch in den kommenden Jahren vielfältige neue Chancen:

- Anlagen der erneuerbaren Energien spülen in doppelter Hinsicht Geld in die klammen kommunalen Kassen. Zum einen durch Erträge, wenn sich die Anlage in kommunalem Besitz befindet, und zum anderen durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wird auf diese Weise gestärkt.
- Erneuerbare Energien und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz generieren Aufträge in Handwerk und mittelständischen Unternehmen und helfen dabei, die Vorreiterrolle der deutschen Wirtschaft auf diesem Zukunftsfeld auszubauen.
- Erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen machen Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen unabhängig von steigenden Rohstoffpreisen und führen kurz- bzw. mittelfristig zu Kosteneinsparungen gegenüber den fossilen und nuklearen Energiequellen.

Die Kommunalwahl 2011 ist ein wichtiger Meilenstein für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Bundesland. Anders als Kohle- und Atomstrom werden erneuerbare Energien dezentral erzeugt und benötigen keine Großkonzerne, sondern eine kreative und vorausschauende Politik vor Ort. Auf kommunaler Ebene existieren vielfältige Möglichkeiten,

den Einsatz erneuerbarer Energien und den Ausbau der Energieeffizienz zu ermöglichen und zu fördern. Durch politische Vorgaben kann eine Kommune/ein Landkreis den Ausbau erneuerbarer Energien behindern oder beschleunigen.

Die SPD tritt in den Städten und Gemeinden Hessens an, um die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien fortzuschreiben und die Chancen für ein nachhaltigeres Wirtschaften sowie für neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk und den neuen Technologien zu realisieren.

**Wir wollen deshalb, dass**

- die Kommunen in Hessen eine Vorbildrolle bei der notwendigen Energiewende übernehmen. Die SPD tritt in den Städten und Gemeinden Hessens an, um die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien fortzuschreiben und die Chancen für ein nachhaltigeres Wirtschaften sowie für neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk und den neuen Technologien zu realisieren. Wir wollen bestehende politische Blockaden aufheben und den Ausbau beschleunigen und Strategien als auch Konzepte für die CO<sub>2</sub>-freie Kommune der Zukunft entwickeln.
- sich der Einsatz der begrenzten finanziellen Ressourcen dabei an der Menge der eingesparten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Energieträgern ausrichtet.
- der Ausbau eigener Anlagen und von Beteiligung an Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien forciert wird.
- wo möglich, der Rückkauf der Netze durch die Kommunen geprüft wird, umso wieder einen größeren politischen Einfluss auf die kommunale Energiepolitik gewinnen zu können und den Anteil erneuerbarer Energien darüber noch auszuweiten. Mit einer Re-kommunalisierung erhält das Gemeinwohlinteresse gegenüber Gewinnmaximierung einen höheren Stellenwert, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze werden gestärkt, und die erwirtschafteten Renditen könnten den kommunalen Haushalten zugeführt werden. Ein direkter Netzzugang erleichtert die Einspeisung dezentral produzierten Stroms aus erneuerbaren Energien. Durch das nahezu zeitgleiche Auslaufen der Konzessionen in vielen Städten und Gemeinden bietet sich nun vielerorts die historisch einmalige Gelegenheit, durch interkommunale Zusammenarbeit ein regionales Versorgungswerk zu gründen.
- die kommunalen Stromnetze zu einem intelligenten Netz („Smart Grid“) umgebaut werden, welches die Aufnahme und Verteilung erneuerbarer Energien erleichtert.
- die Erzeugung erneuerbarer Energien im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft gefördert wird. Viele Chancen einer intelligenten Kopplung von Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung und der Nutzung erneuerbarer Energien sind unausgeschöpft, etwa die Nutzung der Wasserläufe in den Kanalisationssystemen zur Stromerzeugung, die energetische Nutzung der Klärgase und Klärschlämme und anderer organischer Abfälle zur Strom- und Wärmeerzeugung.
- die Kommunen bereits bei ihrer Stadt- und Bauplanung in Zukunft die möglichst optimale Nutzung erneuerbarer Energien berücksichtigen.
- die Einführung erneuerbarer Energien durch innovative Finanzierungs- und Bürgerbeteiligungsmodelle beschleunigt wird.
- die Straßenbeleuchtung energieeffizient umgerüstet wird.

- die Biomasse-Erzeugung gefördert wird.
- Windkraft auf geeigneten Flächen weiterentwickelt wird. Leider rangiert Hessen bei den Flächenländern infolge der Verhinderungspolitik von CDU und FDP in Bezug auf die Windkraft noch immer als Schlusslicht. Das wollen wir ändern. Bei der Errichtung von Windkraftanlagen sollten kommunale Betreiber wie Stadtwerke oder Bürgerwindparks Vorrang genießen. Die Akzeptanz von Windkraft steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten beteiligen können.
- Bildungsinitiativen für erneuerbare Energien auf den Weg gebracht werden und die allgemeine Bildung sowie die berufliche Ausbildung und Weiterqualifizierung im Bereich der erneuerbaren Energien vom Landkreis und den Kommunen gezielt gefördert werden.
- lokale Energieagenturen gegründet werden, die Beratungsleistungen für Bürger, Unternehmen und Politik erbringen und die Erhebungen sowie Potenzialberechnungen in der Kommune durchführen.